https://www.eurosiberia.net/p/trumps-betrayal

Trumps Verrat und der Untergang der globalen MAGA-Revolution

Der Tod eines politischen Traums.



1. November 2026 | Constantin von Hoffmeister

Der Niedergang von MAGA begann am 28. Februar 2026, als Donald Trump sich Israel anschloss und den Iran angriff. Diese Entscheidung entlarvte die große Täuschung, die im Kern seiner politischen Bewegung steckte. Trump hatte versprochen, Amerikas endlose Kriege zu beenden, die Neokonservativen aus Washington zu vertreiben und die Souveränität des amerikanischen Volkes wiederherzustellen. Er hatte die katastrophalen Interventionen im Irak und in Afghanistan angeprangert, die Korruption des „Deep State“ verurteilt und sich als Feind des imperialen Establishments präsentiert. Millionen glaubten ihm. Doch als der Moment der Entscheidung kam, entschied Trump sich für einen weiteren Krieg im Nahen Osten

Amerikanische Raketen trafen den Iran, die Region versank im Chaos, und die altbekannte Sprache der Drohungen, Ultimaten und militärischen Vorherrschaft kehrte zurück. Der Waffenstillstand vom April und das Abkommen vom Juni konnten keinen dauerhaften Frieden herbeiführen, während der Konflikt weiterhin amerikanische Ressourcen verschlingt. Trump hat das alte System nicht zerstört. Er ist zu dessen enthusiastischstem Verfechter geworden. Die Neokonservativen müssen MAGA nicht mehr stürzen, denn MAGA hat ihre Politik übernommen. Die Bewegung, die eigentlich den US-Imperialismus beenden sollte, ist zu einem weiteren Instrument für dessen Fortbestand geworden. Trump versprach „America First“ und lieferte einen weiteren Krieg für ein Imperium, das sich weigert, seine eigenen Grenzen anzuerkennen. Seit diesem Moment haben sich die politischen Folgen seines Verrats weit über Washington hinaus ausgebreitet.

Trumps schwindende Autorität spiegelt sich nun in den Rückschlägen wider, die politische Führer erlitten haben, die „MAGA“ einst als Beginn einer weltweiten konservativen Revolution betrachteten. In Ungarn verlor Viktor Orbán, einer von Trumps engsten europäischen Verbündeten, nach

sechzehn Jahren an der Macht die Parlamentswahlen im April gegen Péter Magyar. Orbán hatte sich als Verteidiger der ungarischen Souveränität gegenüber Brüssel präsentiert, doch seine Identifikation mit Trump machte ihn auch zu einem Teil eines amerikanischen politischen Projekts, dessen Glaubwürdigkeit stetig schwand.

In Serbien erlitt Aleksandar Vučić im Oktober eine entscheidende Niederlage, als die von Studenten angeführte Opposition eine parlamentarische Mehrheit errang. Vučić hatte Trump offen gelobt, enge Beziehungen zu dessen Familie gepflegt und dessen Rückkehr an die Macht als historische Chance gepriesen, die Beziehungen Serbiens zu Washington zu stärken. Diese Konstellation brach schließlich unter dem Druck der innenpolitischen Unzufriedenheit zusammen. Die serbischen Studenten zeigten, dass politische Erneuerung nicht unbedingt von der liberalen Opposition oder aus Gehorsam gegenüber Washington kommen muss. Ihre Bewegung stellte eine fest verwurzelte politische Ordnung in Frage, ohne die Feindseligkeit gegenüber Russland zur Grundlage ihres Programms zu machen.

Diese Niederlagen offenbaren die Schwäche der vermeintlichen internationalen MAGA-Allianz. Trump präsentierte sich als Anführer eines globalen Erwachens, doch dieses Erwachen gleicht zunehmend einer Ansammlung isolierter Bewegungen, die ums Überleben kämpfen. Diejenigen, die sich politische Rettung aus Washington erhofft hatten, müssen nun feststellen, dass das Weiße Haus ihre Zukunft nicht sichern kann.

Die Krise in Polen ist ein weiteres Beispiel für die Grenzen von Trumps internationalem Einfluss. Präsident Karol Nawrocki, ein ausgesprochener Bewunderer und Verbündeter Trumps, steht nun in einem eskalierenden Konflikt mit der Regierung von Donald Tusk um das Verfassungsgericht. Der Streit betrifft Richterernennungen, verfassungsrechtliche Befugnisse und die Legitimität konkurrierender staatlicher Institutionen. Nawrocki weigert sich, mehrere vom Parlament gewählte Richter anzuerkennen, während die Regierung von Tusk darauf besteht, dass der Präsident kein Recht habe, deren Ernennung zu behindern.

Die Konfrontation gipfelte darin, dass die Polizei das Gerichtsgebäude in Warschau umstellte, rivalisierende Ansprüche auf rechtliche Autorität erhoben wurden und Vorwürfe einer verfassungsrechtlichen Machtübernahme laut wurden. Brüssel hat nun eingegriffen:

Die EU-Kommission verteidigt die Befugnis des polnischen Parlaments zur Ernennung von Richtern und beruft sich dabei auf europäische Gerichtsurteile. Der Streit wirft ernste Fragen hinsichtlich der Grenzen europäischer Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates auf. Doch Nawrockis missliche Lage offenbart auch den Widerspruch des Trumpismus in Europa. Wie kann ein Politiker behaupten, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen, während er gleichzeitig die Freundschaft mit einem US-Präsidenten als Quelle politischer Stärke betrachtet?

MAGA gibt vor, sich gegen den Globalismus zu stellen, hat jedoch europäische Konservative dazu ermutigt, ihre politische Identität am Führer einer ausländischen Supermacht auszurichten. Trump kann Nawrocki loben, ihn nach Washington einladen und seine Gegner anprangern. Nichts davon löst den Konflikt um die verfassungsmäßige Autorität in Polen. Der Präsident der USA kann Polen keine Souveränität verleihen. Diese Souveränität muss unabhängig sowohl von Brüssel als auch von Washington bestehen.

In Brasilien verlor Flávio Bolsonaro, der Sohn und politische Erbe von Jair Bolsonaro, die Präsidentschaftswahlen im Oktober gegen Luiz Inácio Lula da Silva und erhielt 48,21 Prozent der Stimmen gegenüber Lulas 51,79 Prozent. Die Bolsonaro-Bewegung hatte Trump als symbolischen Anführer einer konservativen Revolte gegen die liberale Weltordnung gefeiert und gleichzeitig eine offen pro-zionistische Haltung eingenommen. Jair Bolsonaro hatte enge Beziehungen zu Netanjahu gepflegt, und sein Sohn versprach, das Bündnis Brasiliens mit Israel zu stärken und die brasilianische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen.

Lula hingegen hat Israels Militäroperation im Gazastreifen zu Recht als Völkermord verurteilt, sich gegen den israelischen Expansionismus ausgesprochen und die Souveränität der Palästinenser verteidigt. Die Wahl verdeutlichte somit eine grundlegende geopolitische Kluft zwischen der Ausrichtung der Familie Bolsonaro auf die Trump-Netanjahu-Achse und Lulas Befürwortung einer unabhängigeren brasilianischen Außenpolitik in einer sich abzeichnenden multipolaren Welt. Trumps aggressive Politik in Südamerika, insbesondere seine militärische Intervention in Venezuela und die Strafzölle gegen Brasilien, lieferten Lula zudem ein schlagkräftiges Argument gegen ausländische Einmischung.

Die Gegenreaktion auf Washingtons Versuche, die Region zu dominieren, trug dazu bei, dass Bolsonaros enge Verbindung zu Trump zu einem Wahlnachteil wurde. Seine Niederlage lässt sich daher auch im Kontext des wachsenden internationalen Widerstands gegen Israels Politik im Gazastreifen und gegen Trumps erneute Durchsetzung der imperialistischen Macht der USA über Südamerika verstehen.

In Israel selbst ist der Widerspruch noch auffälliger. Benjamin Netanjahu, dessen Regierung während des Krieges gegen den Iran Trumps außerordentliche militärische und diplomatische Unterstützung genoss, ging aus den Wahlen im Oktober ohne parlamentarische Mehrheit hervor. Seine Likud-Partei blieb zwar die stärkste, doch sein politischer Block sicherte sich nur 53 der 120 Sitze in der Knesset. Trump setzte amerikanische Militärmacht für einen Krieg an der Seite Israels ein, dennoch steht Netanjahu weiterhin vor einer ungewissen politischen Zukunft.

Hier wird die Wandlung von MAGA zu dem, was seine Kritiker als MIGA bezeichnen – „Make Israel Great Again“ –, besonders deutlich. Trump hatte einst versprochen, keine amerikanischen Leben und Ressourcen mehr für Konflikte im Ausland zu opfern. Stattdessen machte seine Regierung einen weiteren Krieg im Nahen Osten zu einem zentralen Anliegen der US-Außenpolitik. Das politische Schicksal Netanjahus bleibt ungewiss, während die Amerikaner die Kosten für Trumps Entscheidung tragen. MAGA versprach, „America First“ zu setzen, doch Trumps Krieg gegen den Iran hat innerhalb der Bewegung die Frage aufgeworfen, ob er amerikanische Interessen opfert, um Israel zu dienen.

Die internationale Trump-Bewegung beruhte auf der Annahme, dass die USA eine weltweite Revolte gegen eben jene liberale Ordnung anführen könnten, zu deren Etablierung die amerikanische Macht beigetragen hatte. Dies war von Anfang an ein instabiles Unterfangen. Nationale Souveränität lässt sich nicht durch Loyalität gegenüber einem US-Präsidenten erreichen, ganz gleich, ob dieser sich selbst als liberalen Internationalisten oder als Nationalisten bezeichnet. Eine wirklich multipolare Welt erfordert unabhängige Zentren politischer Autorität und kein Netzwerk konservativer Bewegungen, das sich um das Weiße Haus herum organisiert. Trump hat diesen Widerspruch nie aufgelöst, weil er das Ende der US-Vorherrschaft nie wirklich akzeptiert hat. Er wollte,

dass souveräne Nationen Amerika bewundern, während Washington weiterhin die Grenzen ihrer Souveränität diktierte.

Die Straßen mehrerer Länder liefern weitere Belege dafür, dass Trumps internationaler Kreis keinen Schutz vor der Unzufriedenheit der Bevölkerung bietet. In Albanien sieht sich Ministerpräsident Edi Rama mit Massendemonstrationen konfrontiert, bei denen es um Korruptionsvorwürfe, Bildungskosten, Arbeitslosigkeit und ein umstrittenes Küstenbauprojekt geht, das mit Jared Kushner, Trumps Schwiegersohn, in Verbindung steht. Rama ist kein typischer MAGA-Politiker, doch die Verwicklung von Trumps Familie in das umstrittene Investitionsvorhaben hat den Protesten einen direkten Bezug zum politischen und geschäftlichen Umfeld des amerikanischen Präsidenten verliehen.

In der Tschechischen Republik sieht sich Andrej Babiš mit Demonstrationen gegen geplante Änderungen bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks konfrontiert.

In Argentinien sieht sich Javier Milei, den Trump wiederholt als ideologischen Verbündeten bezeichnet hat, mit Studentenprotesten gegen Kürzungen bei den Hochschulmitteln und anderen Sparmaßnahmen konfrontiert.

In Chile stößt José Antonio Kast mit seinen geplanten Kürzungen im Bildungsbereich auf Widerstand. Diese Proteste sind eher auf innenpolitische Missstände zurückzuführen als auf eine einheitliche Kampagne gegen Trump. Dennoch zeigen sie, dass die politische Rhetorik von MAGA die praktischen Folgen der Regierungspolitik nicht verschleiern kann.

Trumps Verbündete sprechen von Freiheit, nationaler Wiederbelebung und Befreiung von festgefahrenen Eliten, doch solche Versprechen werden anhand der wirtschaftlichen Lage, der öffentlichen Dienstleistungen und des Verhaltens der Machthaber beurteilt. MAGA sollte eigentlich eine politische Klasse herausfordern, die den Kontakt zum einfachen Volk verloren hatte. Stattdessen stoßen seine internationalen Nachahmer häufig auf dieselbe Wut, die Trump überhaupt erst bekannt gemacht hat. Das bekannte Muster wiederholt sich: große Versprechen von oben, wachsende Unzufriedenheit unten.

Die zentrale Frage ist nicht mehr, ob Trump das liberale Establishment besiegen kann. Es geht vielmehr darum, ob sich seine Außenpolitik ausreichend von dem von ihm verurteilten Establishment unterscheidet. Die Antwort liegt in seinem Umgang mit anderen souveränen Mächten. Trump hätte anerkennen können, dass Russland, China, der Iran und andere Zivilisationen Interessen haben, die nicht einfach Washington untergeordnet werden können. Er hätte den Übergang von einer unipolaren Vorherrschaft zu einer Welt konkurrierender Mächte akzeptieren und entsprechend verhandeln können. Stattdessen setzte er das Streben nach US-Vorherrschaft durch Zwang fort.

MAGA versprach eine nationale Revolution gegen das Imperium. Unter Trump hat das Imperium die Revolution absorbiert.